

## **Ein politischer Bericht über den Zeitraum Ende 2005 bis Ende Februar 2007**

Ich bin von Olaf Scholz und Mathias Petersen gebeten worden, in Form eines Berichtes die Zeit von Herbst 2005 bis Frühjahr 2007 in der Landesorganisation der SPD Hamburg zu schildern und zu bewerten. Dabei geht es um die Ereignisse, die zum Sturz von Mathias Petersen führten. Der Bericht stellt keine Ergänzung des Berichts der Grambow-Kommission dar, die den Versuch unternommen hatte, selbst den "kriminellen Akt" des "Stimmenklaus" aufzuklären.

Grundlage des Berichts ist ein ausführliches Studium der Presselandschaft Hamburgs und bundesweit in dem genannten Zeitraum sowie viele Gespräche vertraulicher Art mit handelnden Personen, erfahrenen Genossen und einfachen Parteimitgliedern. Ein Eindruck dieser vielen Gespräche kann als allgemeiner Eindruck an den Anfang gestellt werden:

In vielen Gesprächen habe ich Genossinnen und Genossen als kluge und nachdenkliche Menschen erlebt, die aber dennoch selbst an Ereignissen mitgewirkt haben, die menschlich unanständig, politisch unzulässig und verfahrensmäßig undemokratisch gewesen sind. Wenn also die Aufgabe von Politik vor allen Dingen darin besteht, auf der Grundlage gemeinsamer Grundüberzeugungen die positiven Möglichkeiten in möglichst vielen Menschen zu nutzen, um daraus etwas Neues zu schaffen, so ist dieser politische Kommunikationsprozess im Jahr 2006 und Anfang 2007 in der Landesorganisation der Hamburger SPD gescheitert.

Von Anfang an will ich auch darauf hinweisen, dass mir aufgefallen ist, dass viele handelnde Personen eine reine Binnensicht auf die SPD und ihre politische Karriere gehabt haben, bei der zwar auch eine ständige Begleitung durch die Presse stattfand und bewusst organisiert wurde, nicht aber in dem Sinne, die SPD als politische Partei glaubwürdig und effektiv zu vertreten, sondern eher in dem Sinne, einzelne Journalisten und Presseorgane für den innerparteilichen Kampf gegen den Kontrahenten zu benutzen. Dabei haben sich viele Beteiligte offenbar gar nicht klargemacht, dass im Ergebnis davon das Bild der Hamburger SPD bei allen Journalisten dauerhaft beschädigt worden ist, und zwar unabhängig von der politischen Orientierung der Zeitungen.

Im Herbst 2005 stand im Raum, dass der durch die Mitgliederbefragung zwei Jahre zuvor im politischen Kampf gegen Knut Fleckenstein ins Amt des Landesvorsitzenden gekommene Mathias Petersen keineswegs unumstritten war und wohl auch Zweifel an seiner Befähigung vorlagen, Kandidat für das Bürgermeisteramt zu sein. Henning Voscherau hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, für den Fall, dass die Hamburger SPD dies wünsche, erneut als

Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen. Übrigens würde das Kapitel Hamburger SPD und Henning Voscherau einen Einzelbericht verdienen, da auch in diesem Verhältnis, das ich über Jahre beobachtet habe, exemplarisch dargelegt werden könnte, wie unvernünftig der Umgang der SPD mit ihren jeweiligen Spitzengenossen in den letzten 15 Jahren gewesen ist.

Am 08.05. hielt Mathias Petersen auf dem Landesparteitag der SPD eine erstaunliche Rede, die in der Qualität und Leidenschaft viele Zuhörer überraschte und in der er ganz eindeutig den Führungsanspruch auch für das Amt des Bürgermeisters geltend machte. Seine Rede wurde bejubelt. Henning Voscherau erklärte daraufhin, dass er Mathias Petersen den Vortritt lasse und bereit sei, ihn in Zukunft zu unterstützen. Man darf dabei aber einen Satz nicht übersehen, den Henning Voscherau an diesem Tag ebenfalls gesagt hat, nämlich den, dass eine Kandidatur gegen eine Mehrheit der Funktionäre auf Landesebene nicht möglich sei.

Ich bin heute sicher, dass es für das überragende Ergebnis für Mathias Petersen am 08.05. verschiedene Gründe gab, u.a. auch den, unter allen Umständen eine erneute Kandidatur von Henning Voscherau zu verhindern. Der Eindruck, in der Mitgliedschaft und in der veröffentlichten Meinung Hamburgs war nach diesem Parteitag, dass die SPD ihre Führungsfrage geklärt hatte und der nächste Spitzenkandidat feststand. Dieser Eindruck spiegelt aber nicht richtig wieder, wie es auf der Ebene des Landesvorstands und vieler Kreisvorstände aussah. Auch im Mai 2006 bestanden bei vielen Genossinnen und Genossen erhebliche Bedenken, ob Mathias Petersen tatsächlich der geeignete Bürgermeisterkandidat wäre. Dabei hat sich für mich der Eindruck verfestigt, dass es bei der Betrachtung des Kandidaten Petersen immer darauf ankam, wie man das, was ihn besonders auszeichnete, nämlich die erkennbare Unabhängigkeit bewertet. Was die einen als eine Unfähigkeit ansahen zusammenzuarbeiten, Diskussionsprozesse abzustimmen und Alleingänge zu vermeiden, empfanden viele andere, insbesondere auf der Ebene der Mitglieder, als untypisch für einen Funktionär als besonders positiv, weil sie damit persönliche Selbständigkeit des Kandidaten und Nähe zu Bürgern verbanden.

Am 28.02.07 nach der Mitgliederbefragung trat der gesamte Landesvorstand bekanntlich zurück. Wie ist es möglich, dass innerhalb von sieben Monaten aus dem gefeierten Helden, der Ole von Beust ablösen sollte, eine scheinbar gescheiterte Figur geworden war, die nach einer nächtlichen Sitzung aufgeben musste?

In den Gesprächen, die ich geführt habe, sind sehr viele Beweggründe deutlich geworden, die schließlich auch die Entwicklung vorangetrieben haben. Es ist aber sehr schwierig, einen roten Faden zu finden. Die Theorie, die auch vertreten wird, dass eine Clique von Funktionären auf Kreis- und Landesvorstandsebene, denen die ganze Richtung mit Mathias nicht passte, ihn systematisch gemobbt hat, um ihn dann zu stürzen, ist in ihrer Schlichtheit

falsch. Es ist deshalb erforderlich, einige Ereignisse des Jahres 2006 in Erinnerung zu rufen, um zu einer nachvollziehbaren Bewertung kommen zu können.

Im Jahr 2006, wie übrigens auch heute, war die Partei durch den internen Streit über die Bildungspolitik belastet. Bekanntlich sollte im Dezember des Jahres und wurde dann schließlich auch ein Bildungsparteitag durchgeführt. Mathias Petersen versuchte, diesen Konflikt zu moderieren und mitzugestalten, wobei unterschiedliche Auffassungen darüber bestehen, ob er dies wirklich erfolgreich tat.

Mathias Petersen selbst meint heute, dass er diesen Schulkonflikt falsch eingeschätzt hat und im Ergebnis auch nicht politisch gestalten konnte.

Ende August/Anfang September kam es in der Landesorganisation zwischen Mathias Petersen und dem damaligen Landesgeschäftsführer Ties Rabe zu einem heftigen Konflikt, dessen Einzelheiten und Hintergründe hier nicht geschildert werden sollen. Der Streit endete in einem Beschluss des geschäftsführenden Landesvorstandes, sich von Ties Rabe als Landesgeschäftsführer zu trennen, ohne dass zu diesem Zeitpunkt bereits eine tragfähige Einigung über Ties Rabe vorlag. Dies ist besonders problematisch, weil wenige Wochen zuvor eine Verlängerung des Vertrages mit Ties Rabe beschlossen worden war. Im Ergebnis ist die Trennung von Ties Rabe dennoch in einer Weise abgewickelt worden, die vertretbar ist.

Aus meiner Sicht hat sich Mathias Petersen in diesem Personalkonflikt allerdings falsch verhalten und sich auch schlecht beraten lassen. Dies führte zu einem ersten Vertrauensverlust in seiner Umgebung.

Allerdings ist es unzulässig, ihn allein für das Problem verantwortlich zu machen, weil andere Mitglieder des Landesvorstands, wie der damalige Schatzmeister Harald Christ, intensiv auf die Entlassung von Ties Rabe gedrängt hatten. In vielen Gesprächen ist mir deutlich geworden, dass in der damaligen Situation im gesamten Kurt-Schumacher-Haus eine erhebliche interne Konfliktlage bestand, wobei ich nicht die normalen Mitarbeiter meine, sondern die politische Führung des Kurt-Schumacher-Hauses insgesamt.

Zwischen Oktober und November kam es dann innerparteilich mit Mathias Petersen tatsächlich zu einer ernsthaften inhaltlichen Auseinandersetzung über dessen Vorschlag, Sexualstraftäter sozusagen öffentlich ins Internet zu stellen. Darüber hat es eine längere sehr strittige Diskussion gegeben, wobei nach meiner Auffassung die inhaltliche Position von Mathias Petersen unhaltbar war. Dennoch bin ich auch im Nachhinein davon überzeugt, dass schon zu diesem Zeitpunkt Gegner von Mathias Petersen sich nicht nur über diesen inhaltlichen Streitpunkt aufregten, sondern auch schon darüber nachdachten, diesen Punkt

mitzubenutzen, um ihn politisch in seiner Führungsposition zu bekämpfen.

Ich halte mich in diesem Bericht bewusst zurück, was es die Verknüpfung von Ereignissen mit einzelnen Personen anbetrifft, weil ich im Ergebnis zu der Auffassung gekommen bin, dass der gesamte Konflikt nicht von einer einzelnen Person gesteuert worden ist, sondern von einer Vielzahl von Personen mit unterschiedlichen Interessen organisiert worden ist. Ich kann mir aber die ironische Bemerkung nicht verkneifen, dass ich schon davon überrascht war, wie kurzzeitig das Gedächtnis ist. Wenn einzelne Landesvorstandsmitglieder mir erzählt haben, dass der Konflikt um Ties Rabe für sie die entscheidende Bruchstelle der Beziehung zu Mathias Petersen war, dieselben Personen aber noch Wochen später öffentlich Mathias Petersen dafür gelobt haben, dass er in diesem Punkt Führungsqualität bewiesen habe, so sollte man doch genauer darüber nachdenken, an was man sich eigentlich wirklich erinnert. Zweifellos ist die Bestellung des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Walter Zuckerer als Nachfolger von Ties Rabe im Amt des Landesgeschäftsführers erneut auf der Führungsebene intern sehr heftig umstritten gewesen. Der Fraktionsvorsitzende Michael Neumann war bekanntlich in einer Kampfkandidatur Nachfolger von Walter Zuckerer als Fraktionsvorsitzender der Hamburger Bürgerschaftsfraktion geworden. Dabei hatte Walter Zuckerer diese Niederlage als durchaus bitter empfunden, weil zuvor seine Arbeit eigentlich von allen gelobt worden war. Die Bestellung von Walter Zuckerer als Landesgeschäftsführer hatte Mathias Petersen zuvor in keiner Weise mit Michael Neumann abgestimmt. Auch diesen Vorgang kann man unterschiedlich bewerten, zeigt aber, dass das Konfliktpotential im Jahr 2006 weiter anwuchs.

Ein weiterer Punkt, der einem auffällt, ist, dass man beim Studium der Meinungsumfragen feststellen kann, dass im Herbst 2006 zum ersten Mal wieder Rot-Grün bei fast allen wesentlichen Instituten in Führung lag. Aus Sicht der Kontrahenten von Mathias Petersen ergab sich also im Herbst 2006 objektiv eine Situation, dass damit gerechnet werden konnte, dass Mathias Petersen eine reale Chance haben würde, Bürgermeister zu werden. In dieser Einschätzung waren sich Anhänger und Kritiker von Mathias Petersen durchaus einig, wobei die meisten davon ausgingen, dass Mathias Petersen in einem Wahlkampf wegen seiner ganz offensichtlichen Stärke in der Außenwirkung immer Chancen haben würde, zu gewinnen.

14.01.07 - Old Commercial Room

Das Treffen, zu dem Mathias Petersen eingeladen hatte, des Geschäftsführenden Landesvorstandes, der Kreisvorstände, einiger Mitarbeiter und der Bürgerschaftsfraktionsspitze am 14.01.07 im Old Commercial Room zu einem Labskausessen ist in die Hamburger Parteigeschichte der SPD eingegangen, wie kaum ein anderes Ereignis der letzten Jahre. Ich habe mich bemüht, die Vorbereitung dieses Treffens, das Treffen selbst und seine Folgen so genau wie möglich aufzuklären und bin schon darüber erstaunt, wie

unterschiedlich die Erinnerungen der beteiligten Personen gewesen sind. In der Mitgliedschaft ist oft der Eindruck entstanden, dass es sich dort um einen Putsch gegen Mathias Petersen gehandelt hat. Andere verteidigen dieses Treffen als den Versuch, noch einmal offen mit ihm über Probleme, der Organisation und den Inhalten zu sprechen. Ich bin bei allem Verständnis auch für Kritiker von Mathias Petersen eben doch zu einem sehr eindeutigen Ergebnis gekommen.

Spätestens mit dem Treffen im Old Commercial Room am 14.01.07 und dem dortigen Vorgehen haben die fünf Kreisvorsitzenden und die übrige Mehrheit im Landesvorstand der Hamburger SPD, die die Ablösung von Mathias Petersen wollten, Grundsätze von Anständigkeit im innerparteilichen Streit und ordnungsgemäßer Durchführung ihrer Arbeit verletzt. Dabei haben einzelne Handelnde durchaus unterschiedliche Vorstellungen und Motive gehabt. Sie tragen aber für das Ergebnis dieser Entwicklung Verantwortung. Es hat direkte Vorbereitungstreffen von einzelnen Mitgliedern des Landesvorstandes und Kreisvorsitzenden gegeben, in denen die beabsichtigte Kritik an Mathias Petersen besprochen worden ist. Diese Art von Vorbereitungstreffen ist eine alte Erbsünde der Hamburger SPD, die sich seit 30 Jahren immer wieder schädlich auswirkt. Ich will an dieser Stelle nicht die Geschichte der Hamburger SPD über 30 Jahre beleuchten, ich will aber an einige wenige Punkte erinnern.

Als ich zum ersten Mal die Führungsebene der Hamburger SPD kennen lernte, musste man entweder in den "Keller" gehen oder in den Övelgönner Kreis. Dort wurden in rechten und linken Parteiflügeln inhaltliche Themen und Personalentscheidungen vorbereitet. Ich halte dies bis heute für ein Grundübel in der SPD und möchte, wo ich gerade die Gelegenheit dazu habe, mich ausdrücklich dafür aussprechen, den Seeheimer Kreis, Demokratische Linke in der SPD und andere dementsprechende Organisationen aufzugeben.

Ich bin der Überzeugung, dass eine politische Partei mit dem Anspruch, Volkspartei sein zu wollen, sich auf Dauer nur entwickeln kann, wenn so genannte Flügel sich nicht in festen Organisationsformen verselbständigen, die im Ergebnis eine offene positive Weiterentwicklung der Partei nach innen und außen unmöglich machen.

Aber zurück zum Old Commercial Room:

Viel problematischer war, und das zeigt die wirkliche Absicht einiger handelnder Personen besonders deutlich, ist, dass die Presse in Form der BILD-Zeitung über dieses Treffen gut informiert war. Jeder Teilnehmer, der am 14.01.07 an dem Treffen teilnahm, wurde von der BILD-Zeitung fotografiert und damit war allen klar, dass diese Sitzung eine andere Bedeutung hatte, als die, zu der viele glaubten zu gehen.

Um 22.00 Uhr wurde bei Radio Hamburg bereits über den heftigen Streit in der SPD im

Old Commercial Room berichtet.

Selbstverständlich ist es mir nicht gelungen aufzuklären, wer die BILD-Zeitung bestellt hatte. Ich bin aber in der politischen Bewertung vollkommen sicher, dass dies nicht Mathias Petersen selbst oder Freunde von ihm gewesen sind. Die Diskussion im Old Commercial Room mag bei einigen Kreisvorsitzenden und Mitgliedern des Landesvorstandes tatsächlich auch nur die Funktion gehabt haben, mit Mathias Petersen darüber zu sprechen, dass der ursprünglich vom Landesvorstand im September 2006 bereits beschlossene Nominierungsparteitag im Januar nicht stattfinden könnte, bevor man sich nicht über Wahlprogramm und Organisationsfragen geeinigt hätte. Für andere aber hatte dieses Treffen ganz eindeutig das Ziel zu erreichen, dass Mathias Petersen bereits am 14.01.07 entnervt auf die Spitzenkandidatur und möglicherweise auch auf den Landesvorsitz verzichten würde.

Nach diesem Tag hat bis zum Ende der Mitgliederbefragung und dem Rücktritt des Landesvorstandes keine geordnete Zusammenarbeit im Landesvorstand mehr stattgefunden. Ein entscheidender Grund dafür war, dass man sich eben nicht an die Regeln des politischen Anstandes und der Ordnung in der Partei gehalten hat und in den Gremien diskutiert hat, sondern dass man eine derartige Veranstaltung benutzt hat, um heftige Kritik zu üben, die in Anbetracht der Gesamtumstände von Mathias Petersen auch nur so verstanden werden konnte, wie er sie verstanden hat. Die Drohung von Mathias Petersen, dann eine Mitgliederbefragung über die Spitzenkandidatur durchzuführen, war sicher politisch nicht klug und hat die Situation weiter zugespitzt, sie ist aber im Zusammenhang der Ereignisse durchaus verständlich.

Alle Versuche von einzelnen Teilnehmer am Treffen im Old Commercial Room, mir den Eindruck zu vermitteln, es ginge nur um eine sachliche Besprechung von Problemen, um die Zusammenarbeit mit Mathias Petersen in Zukunft zu verbessern, haben mich nicht überzeugen können. So wie die Beteiligten am 14.01.07 im Old Commercial Room miteinander umgegangen sind, kann man nicht miteinander umgehen, und auf eine derartige Weise kann auch in einer demokratischen Partei nicht mit der Spitzenkandidatur für eine Bürgerschaftswahl umgegangen werden.

An dieser Stelle möchte ich ein besonders Wort über Johannes Kahrs, den Kreisvorsitzenden aus Hamburg-Mitte verlieren. Ich habe selbstverständlich auch mit Johannes intensiv die Entwicklung besprochen. Für mich ergibt sich daraus, dass keineswegs Johannes Kahrs eine besondere Verantwortung für das trägt, was aus meiner Sicht als politisches Scheitern in der Landesorganisation geführt hat. Johannes war spätestens ab Ende September der Auffassung, dass Mathias Petersen als Kandidat nicht geeignet gewesen ist und hat dies auch offen vertreten. Er war aber nicht sozusagen derjenige, der die ganze Veranstaltung gesteuert hat. Da Johannes in der Hamburger SPD manchmal zu Unrecht und manchmal zu

Recht für sehr viel verantwortlich gemacht wird, ist mir diese Klarstellung an dieser Stelle wichtig.

Gescheitert ist der Angriff der fünf Kreisvorsitzenden und der Mehrheit im Landesvorstand im Old Commercial Room an der eindeutigen Positionierung von Mathias Petersen, die hätte vorausgesehen werden können und bei der offenbar niemand weitergedacht hatte, was dann geschehen sollte, wenn Mathias Petersen nicht so reagieren würde wie erhofft.

Wenn man sich die politische Entwicklung der Jahre 2004 - 2006 ansieht, konnte man sich über eines allerdings nicht irren, dass nämlich Mathias Petersen eigentlich unabhängig davon, was man sonst von ihm politisch halten mag, eine starke Persönlichkeit ist, die wirklich ernsthaft das Amt des Bürgermeisters anstrebte. Es ist für mich nur schwer verständlich, wie erfahrene und intelligente Funktionäre des Landesvorstands in diese Situation gerieten, ohne irgendeine klare Vorstellung darüber zu haben, wie sie aus dieser Situation wieder mit Anstand herauskommen können. Dabei muss ich erwähnen, dass ich insbesondere in den Gesprächen mit Inka Damerau und Jan Pörksen durchaus Einsicht und Selbstkritik angetroffen habe, die ich bei vielen Anderen auch für notwendig halte.

Was es das Verhalten des Landesvorstands, bis es zu einer Entscheidung über die Mitgliederbefragung kam, anbetrifft, stellte eine öffentliche Schlammschlacht dar, bei der in unzulässiger Weise die Presse wechselseitig benutzt wurde, um den innerparteilichen Gegner anzugreifen. Wie sehr man damit der Hamburger SPD schaden würde, ist offenbar den Beteiligten dann irgendwann egal gewesen, wie es offenbar auch vielen Beteiligten egal war, wie es die normale Mitgliederschaft sah, die erkennbar eine sehr positive Einstellung zu Mathias Petersen hatte.

Über die Landesvorstandssitzungen vom 22. und 24.01.07 soll nicht ausführlich berichtet werden. Sie habe nichts Positives bewirkt. Es reicht festzustellen, dass eine sachliche Auseinandersetzung zwischen den Gegnern nicht mehr stattfand. Es ist schon bestürzend, wenn von verschiedenen Teilnehmern immer wieder berichtet wird, dass die Spannungen zwischen den Betroffenen ein Ausmaß annahmen, das ältere Teilnehmer in der Geschichte der Hamburger SPD so noch nicht erlebt hatten. Eine Partei, in deren Führungsgremium derartige Zustände herrschen und die gleichzeitig für sich beansprucht, Solidarität in die Gesellschaft bringen zu wollen, war zu diesem Zeitpunkt offenbar nicht mehr im Besitz eines vernünftigen Führungsorgans.

Der Höhepunkt dieser sinnlosen Entwicklung war dann die Beschlusslage im Landesvorstand am 24.01.07. Zunächst wurde nach langen heftigen Diskussionen eine Mitgliederbefragung beschlossen, nachdem sich Dorothee Stapelfeldt bereit erklärte zu kandidieren. Dorothee hatte sich zuvor in den Konflikten sehr zurückgehalten und keine

entscheidende Rolle gespielt. Ihre Entscheidung, sich in einer Kandidatur gegen Mathias Petersen zu stellen, stellte aber eigentlich eine Möglichkeit dar, der Partei aus einer schwierigen Lage zu helfen.

Nachdem am Abend des 24.01.07 die Altbürgermeister Peter Schulz und Ortwin Runde, die sich sehr bemüht hatten, einen Kompromiss zu finden, den Raum verließen im Glauben, dass mit der Mitgliederbefragung die Sache jetzt auf eine vernünftige Schiene gesetzt worden war, hielt es die Mehrheit im Landesvorstand dann noch für notwendig, dem Landesvorsitzenden das Misstrauen auszusprechen.

Ich will an dieser Stelle auch noch darauf hinweisen, dass ich heute nicht weiß, wie ich mich am Abend des 24.01.07 selbst im Landesvorstand verhalten hätte, wenn ich die Ereignisse zuvor erlebt hätte. Insbesondere habe ich durchaus Verständnis für die Mitglieder des Landesvorstands, die zu der Auffassung gekommen waren, dass Mathias Petersen doch nicht die richtige Wahl war. Sicher ist aber, dass das Votum des Landesvorstands, Mathias Petersen das Misstrauen auszusprechen, nachdem eine Mitgliederbefragung beschlossen worden war, an der Mathias und Dorothee in Konkurrenz antreten sollten, politisch unzulässig und moralisch höchst unanständig war. Dieser Beschluss stellt eine Missachtung der normalen Mitgliederschaft durch die Mehrheit des Landesvorstands dar.

In dem Moment, wo ein Landesvorstand eine Mitgliederbefragung beschließt, hat er nur noch die Aufgabe und das Recht, die Mitgliederbefragung vernünftig zu organisieren. Jedes einzelne Vorstandsmitglied hat selbstverständlich das Recht, in seinem Kreis bei Veranstaltungen auch heftige Kritik vorzutragen und seine persönliche Meinung über den Kandidaten zu äußern. Er hat aber nicht das Recht, seine besondere politische Stellung als Kreisvorsitzender oder Landesvorstandsmitglied zu nutzen, um aus dieser Funktion heraus die Mitglieder zu beeinflussen. Deshalb waren auch die Briefe der Kreisvorsitzenden an die Mitglieder zur Erklärung ihres Verhaltens aus meiner Sicht unzulässig.

Tragisch ist das, was dann folgte. An der Mitgliederbefragung haben in den 7 Kreisen fast 2000 Genossinnen und Genossen sehr engagiert teilgenommen. Ich selbst habe drei Veranstaltungen miterlebt und war über die Qualität der Diskussion und den Umgang der Kandidaten untereinander eher positiv beeindruckt. Am Tag der Mitgliederbefragung herrschte in der Hamburger SPD eine wirkliche Aufbruchstimmung. Viele Mitglieder hatten zum ersten Mal das Gefühl, seit den Auseinandersetzungen um die Agenda 2010, dass sie ernst genommen würden und dass ihre Mitarbeit in der SPD wirklich erwünscht war.

Dabei muss auch noch einmal darauf hingewiesen werden, dass es hierbei nicht entscheidend um die Frage geht, ob die Basis gegen die Funktionäre ausgespielt wird oder umgekehrt. Derartige Tendenzen gibt es in jeder demokratischen Partei immer wieder, und



diese sind grundsätzlich auch nicht vollständig zu vermeiden. Es wird immer Funktionäre geben, die der Auffassung sind, dass die einfachen Mitglieder nichts tun und sie deshalb

mehr Bestimmungsrechte haben müssen, wie es auch umgekehrt Mitglieder geben wird, die mit gewisser Verachtung Funktionäre ansehen, die in Wirklichkeit Großes leisten. Diese Debatte führt aber nicht weiter. Mitgliederentscheidungen und Mitgliederbefragungen sind in unsere Satzung eingeführt worden. Sie bedeuten im praktischen Ergebnis eine Schwächung der politischen Gestaltungsmacht von Funktionären. Das war aber so gewollt und muss deshalb im Ergebnis auch akzeptiert werden.

Deshalb wieder zurück zur Mitgliederbefragung:

Die Katastrophe, die dann folgte, liegt bis heute wie Mehltau über der SPD. Zum Stimmenklau selbst kann ich leider nichts beitragen und will ich mich auch nicht äußern. Dennoch muss noch eine politische Frage behandelt und bewertet werden. Nach dem Untersuchungsbericht der Grambow-Kommission steht fest, dass Mathias Petersen in der Mitgliederbefragung gewonnen hatte. Die Äußerungen aus Berlin bezüglich der Nichtverwertbarkeit der Mitgliederbefragung halte ich für falsch. Die Mitgliederbefragung stellte juristisch ja noch nicht die Nominierung eines Kandidaten dar, sondern sollte einen Landesparteitag vorbereiten. Dorothee Stapelfeldt fühlte sich am Abend des 27.02. mit der Situation offenbar völlig überfordert und stand auch mit Sicherheit politisch unter Druck, so dass ich für ihre Entscheidung, nicht aktiv dazu beizutragen, dass der Landesvorstand Mathias Petersen als Sieger nominierte, Verständnis habe. Warum der Landesvorstand insgesamt nicht den politischen Mut aufgebracht hat zu erkennen, dass seine eigene Mehrheit mit dem Ziel, Mathias Petersen zu stürzen, gescheitert war, kann ich nicht begreifen.

Mathias Petersen, das ist mir von vielen seiner Kritiker unter vier Augen mitgeteilt worden, hat aus ihrer Sicht in nicht zulässiger Weise die Mitgliederbasis gegen die Funktionäre in Stellung gebracht. Man kann zu diesem Thema durchaus verschiedener Meinung sein und auch Kritik an Mathias üben, weil selbstverständlich ein gegeneinander Auspielen der Mitgliedschaft und der Funktionäre immer schädlich für die SPD ist. Es muss sich aber diese Mehrheit des Landesvorstandes die Frage gefallen lassen, ob sie nicht genau selbst das getan hat, was sie immer Mathias Petersen vorgeworfen hat, indem sie nämlich das Votum der Mitgliedschaft einfach beiseite gedrückt hat und mit einem enormen psychischen Druck schließlich den Rücktritt des gesamten Landesvorstandes herbeigeführt hat.

Ich bin bekanntlich von Mathias Petersen und Olaf Scholz ausdrücklich gebeten worden, eine politische Bewertung des Gesamtvorganges vorzunehmen. Es geht in diesem Bericht also nicht darum zu bewerten, ob Mathias Petersen der geeignete Kandidat der Hamburger SPD für die Bürgerschaftswahlen gewesen wäre. Dennoch möchte ich auch zu diesem

Punkt eine Bemerkung machen.

Mir ist in einer jahrzehntelangen Tätigkeit als Funktionär in der Hamburger SPD aufgefallen, dass die Frage, welche Qualität und welche Leistungsfähigkeit eine Politikerin oder ein Politiker hat, immer wieder sehr unterschiedlich gesehen wird. Man könnte dies als eine Binsenweisheit bezeichnen.

Mathias Petersen ist zweifellos kein geschulter Funktionär, der über viele Jahre in die politischen Inhalte hineingewachsen ist, sondern ein praktizierender Arzt mit großer Lebenserfahrung. Zweifel an seiner Befähigung geben aber niemandem das Recht, seine Kandidatur zu bekämpfen. Diejenigen, die glaubten, aus welchem Grund auch immer, Mathias Petersen dürfe für die SPD nicht Bürgermeisterkandidat werden und die im Landesvorstand eine Mehrheit hatten, wären ohne weiteres berechtigt gewesen, einen Sonderparteitag einzuberufen mit dem ausdrücklichen Ziel, den Landesvorsitzenden abzulösen sowohl als Landesvorsitzenden wie auch als Bürgermeisterkandidat.

Deshalb ist Mathias Petersen mit dem weiteren Verlauf der Auseinandersetzung im Herbst 2006 bis zum Februar 2007 Unrecht geschehen. Seine Kandidatur ist in unzulässiger Weise verhindert worden. Allerdings, und dies ist der Schlusskommentar, eine derartige politische Geschichte findet statt, eine Zeitreise in die Vergangenheit ist uns nicht möglich.

Harald Muras  
Heimfelder Str. 89  
21075 Hamburg